

20.11.2019

Offener Brief zum CDU Antrag vom 15.11.2019
Behandlung in der kommenden Stadtvertretung zum Verbleib der Bücherei

Sehr geehrter Herr Becker und CDU Fraktion,

am 12.11. haben wir uns mit euch und anderen Fraktionen zusammengesetzt und einen Katalog von offenen Fragen zum Büchereistandort erarbeitet. Dieser ging mittlerweile auch an die Verwaltung.

Umso erstaunter waren wir jetzt über euren Antrag vom 15.11., der uns am Montag per Mail von der Verwaltung mitgeteilt wurde. Hier fordert ihr, dass bereits in der Stadtvertretersitzung am 27.11. über den Bücherei Standort entschieden werden soll.

Da die Einladung zu dieser Stadtvertretersitzung bereits verschickt worden war, steht dies nicht im Einklang mit der von uns Stadtvertretern beschlossenen Geschäftsordnung. Dort heißt es:

"Geht ein Antrag nach Fertigstellung der Einladung ein, wird dieser auf die Tagesordnung der folgenden Stadtvertretersitzung gesetzt. ..."

Eine Dringlichkeit ist hier auch nicht gegeben.

Leider hat hier die Gemeindeordnung Vorrang, die eine Einladungsfrist von 7 Tagen vorschreibt.

Wir halten es für wichtig, dass alle Fraktionen und alle Stadtvertreter sich an unsere Geschäftsordnung halten, sonst wird diese schnell zur Makulatur.

Sich hieran nicht zu halten ist ein sehr schlechten Stil in der politischen Auseinandersetzung, den wir so nicht akzeptieren können. Warum sitzen wir zusammen und erarbeiten einen Fragenkatalog, der 3 Tage später für euch keine Relevanz mehr hat? Dann können wir auch auf solche Gespräche verzichten.

Interfraktionelle Gespräche und Austausch können zielführend für unsere Meinungsbildung sein, so aber geht das gar nicht.

Die Frage stellt sich, habt ihr überhaupt noch Interesse an interfraktionellen Gesprächen?

Da hilft es auch nicht, dass jetzt im Eilverfahren die Stadtvertreter auf Einladung der Verwaltung am Samstag! Kurzfristig Informationen bekommen sollen, zumal viele Stadtvertreter am Samstag schon andere Termine haben und auch wir nicht wissen, ob wir so kurzfristig am einem Samstagstermin daran teilnehmen können. Im übrigen sollten solche Informationen auch in einer öffentlichen Sitzung bekanntgegeben werden.

Politische Entscheidungen müssen transparent und von der Öffentlichkeit nachvollziehbar sein.

Wir hatten mehrheitlich beschlossen, den Beschluss über den Büchereistandort zu vertagen, um weitere Informationen zur Entscheidungsfindung zu bekommen. Ihr schreibt in eurem Antrag: "Wir sehen alle nötigen Fragen zu einer Entscheidungsfindung als gegeben an". Dies mag für euch richtig sein, aber eben nicht für alle anderen Fraktionen.

Die folgenschwere Entscheidung jetzt mit Brachialgewalt durchpeitschen zu wollen ist nicht nur schlechter Stil, sondern auch undemokratisch, da andere Fraktionen noch weiteren Informationsbedarf haben.

Wir fragen uns natürlich, warum jetzt diese Eile? Es wird in dieser Entscheidung zu einer Kampfabstimmung kommen, habt ihr Sorge, dass eure Position nicht mehr mehrheitsfähig wird? Oder gibt es andere Gründe?

Ziel sollte es sein, Entscheidungen möglichst im Konsens zu fällen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, da wir unterschiedliche Positionen haben, was auch gut ist. Aber wir müssen die Debatte zumindest bis zu dem Punkt führen wo die Positionen nicht mehr verhandelbar sind. Dies jetzt durch euren Antrag abzuwürgen ist nicht akzeptabel.

Eine Bürgerbefragung ist bei den unterschiedlichen Positionen aus unserer Sicht unabdingbar. Der Bürgervorsteher hat dies ins Gespräch gebracht, ihr habt ihn zurückgepfiffen. Begründung in der Presse laut eurer Vorsitzenden, dies sei nicht repräsentativ. Richtig, es ist nicht repräsentativ, wie soll das auch gehen? Menschen nach bestimmten Kriterien auswählen, das können wir nicht leisten. Trotzdem ist es für uns als Kommunalpolitiker unabdingbar einfach auf die Straße zu gehen, mit den Menschen sprechen und sie um ihre Meinung zu befragen. Nicht repräsentativ, aber es gibt ein Meinungsbild, das wir nicht ignorieren können. Wir machen es einfach.

Zu Beginn dieser Wahlperiode waren alle sehr optimistisch, dass wir alle unsere unterschiedlichen Standpunkte vernünftig austragen werden. Jetzt befürchten wir, dass es durch diesen euren Antrag auf Konfrontation hinauslaufen wird.

Das ist nicht in unserem Sinne und auch nicht im Sinne der Bürger.

Unsere Bitte daher, überlegt ob ihr diesen euren „Eil“ Antrag zurückziehen könnt.

Wir fragen uns jetzt einfach auch, ob ein interfraktioneller Meinungsaustausch mit euch überhaupt noch einen Sinn macht, wenn denn solche Hauruck Aktionen von euch kurz danach gemacht werden.

Wir würden uns sehr über eine Antwort freuen und sind immer bereit für ein klärendes Gespräch – das ist uns sehr wichtig.

In der Hoffnung auf eine zeitnahe Antwort

Norbert Dick

Fraktion Grüne